

Bundesverbandstagung 2011

Der Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland gibt bekannt: Vom 3. bis 6. November 2011 wird in Berlin die 17. ordentliche Bundesverbandstagung (BVT) des Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD) stattfinden.

Die Eröffnungsveranstaltung, der an zwei Tagen Sitzungen des Bundesvorstandes und seiner Antragskommissionen vorausgehen, findet am Samstag, 5. November, statt. Die Bundesverbandstagung, während der satzungsgemäß auch Neuwahlen des Präsidiums und des Bundesvorstandes abgehalten werden, geht am Sonntag, 6. November, nach der Konstituierenden Sitzung des Bundesvorstandes zu Ende.

Die Einladungen und die Tagungsunterlagen werden den Landesverbänden und den Delegierten satzungsgemäß und fristgerecht zugestellt.

Formatumstellung und Doppelausgabe geplant

Um die Ortsverbände nicht mit den erheblichen Mehrkosten zu belasten, die seit Mitte des letzten Jahres im Zuge der Erhebung der Mehrwertsteuer für den Einzelversand entstanden sind, wird es ab Sommer 2011 laut entsprechendem Vorstandsbeschluss jährlich eine Doppelausgabe der Zeitung geben. Die erste Doppelausgabe erscheint am 1. Juli 2011 und betrifft die Monate Juli und August. Die nächste Ausgabe ist dann die September-Ausgabe 2011.

Zeitgleich wird die SoVD-Zeitung einen Formatwechsel erfahren. Ab dem 1. Juli wird im Tabloid-Format (wie zum Beispiel „Welt online“) gedruckt. Die Zeitung ist dann kleiner und kompakter, hat aber mehr Seiten, die im Sinne unserer Leser mit interessanten Service-Themen und Rubriken gefüllt werden können. Die Schriftgröße wird hingegen beibehalten, um die Lesefreundlichkeit nicht zu beeinträchtigen. Wir hoffen, dass wir Sie mit unserem neuen Produkt begeistern können. Ziel der Umstellung ist es außerdem, die Auflagenzahl zu steigern und zusätzliche Vertriebswege zu erschließen (etwa Arztpraxen). Über weitere Details im Zuge der Änderung werden wir Sie rechtzeitig informieren.

Gesetzliche Regelung angemahnt

SoVD fordert Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten

Auf einer Pressekonferenz in Berlin legte der SoVD seine Forderungen nach einer Stärkung der Patientenrechte vor. Die Broschüre „Damit der Patient im Mittelpunkt steht“ listet diverse Punkte auf, die nach Überzeugung des Verbandes in eine gesetzliche Regelung einfließen sollten.

Mit seinem umfangreichen Forderungspapier positionierte sich der SoVD anlässlich des Weltverbrauchertages klar für eine Stärkung der Patientenrechte. Verbandspräsident Adolf Bauer forderte die Bundesregierung dazu auf, den hierfür notwendigen gesetzlichen Rahmen zu schaffen: „Patienten in Deutschland sind tagtäglich zahlreichen Problemen ausgeliefert, oft hilflos. Fehlende gesetzliche Regelungen, lange gerichtliche Verfahren und hohe Hürden bei Arzthaftungsprozessen lassen die Betroffenen immer wieder zum Spielball von Akteuren und Institutionen im Gesundheitswesen werden.“ Zu den Forderungen des SoVD gehören insbesondere barrierefreie Zugänge zum Gesundheitswesen, eine bessere Aufklärung und Information der Patienten, Verfahrenserleichterungen bei Prozessen zu Behandlungsfehlern und ein Meldesystem für Behandlungsfehler.

Der SoVD-Präsident ließ keinen Zweifel daran, dass man sich für die Rechte jedes Patienten im Einzelfall stark machen werde. Die Betroffenen müssten wieder in den Mittelpunkt des Gesundheitswesens gerückt werden. Im Vorwort des



Foto: Herbert Schlemmer

SoVD-Pressesprecher Benedikt Dederichs (li.) und Verbandspräsident Adolf Bauer stellten sich den Fragen der Journalisten.

Forderungspapiers erklärt Bauer: „Keinesfalls dürfen die berechtigten Interessen der Patienten und Versicherten finanziellen Interessen der Gesundheitswirtschaft untergeordnet werden.“ Eine gesetzliche Regelung könne dazu beitragen, die Patientenrechte übersichtlich darzustellen und ihre Durchsetzung zu erleichtern.



Das SoVD-Forderungspapier „Damit der Patient im Mittelpunkt steht – für eine Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten“ steht unter www.sovd.de zum Download bereit.

SoVD im Gespräch mit Vorständen der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitsmarktpolitisches Spitzengespräch

Ein Treffen der politischen Spitzenklasse fand Ende Februar in Nürnberg statt. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, der SGB-II-Vorstand Heinrich Alt, SoVD-Präsident Adolf Bauer und die Vorsitzende des SoVD-Arbeitskreises Sozialversicherung, Prof. Dr. Engelen-Kefer, tauschten sich über arbeitsmarktpolitische Probleme aus.

Hintergrund des Gesprächs war die vom SoVD im Sommer 2010 vorgelegte Broschüre „Sicherung von Beschäftigung und sozialer Schutz bei Arbeitslosigkeit“. Den darin formulierten Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation folgten Diskussionen mit Politikern und Verbänden. „Nur mit einer guten Arbeitsmarktpolitik können die dringendsten sozialpolitischen Aufgabenstellungen unserer Zeit wie beispielsweise die Sicherung des Rentensystems bewältigt werden“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer.

In dem aktuellen Spitzentreffen sprachen Frank-Jürgen Weise und Heinrich Alt mit Adolf Bauer und Prof. Dr. Engelen-Kefer rund zwei Stunden in offener und angenehmer

Atmosphäre über arbeitsmarktpolitische Probleme. Aufgrund der tagespolitischen Entwicklungen war das Gespräch natürlich auch von der Frage geprägt, wie das Ergebnis des monatelangen Tauziehens um die Hartz-IV-Regelsatzerhöhung einzuschätzen sei. Bauer betonte, dass der gefundene Kompromiss aus Sicht des SoVD nicht akzeptabel sei. Er machte jedoch deutlich, dass es dabei weniger um den festgelegten Betrag der Höhe nach gehe, sondern vielmehr darum, dass diese Festsetzung keinesfalls den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entspräche. Eine transparente, bedarfs- und realitätsgerechte Neubemessung der Hartz-IV-Regelsätze, eine umfassende Berücksichtigung

der kinderspezifischen Bedarfe sowie eine auf der Preisentwicklung basierende Fortschreibung der Regelsätze sehe anders aus. Heinrich Alt bestätigte die Einschätzung des SoVD insofern, als dass auch aus seiner Sicht niemand auf Dauer in der Lage sein werde, uneingeschränkt an der Gesellschaft teilzuhaben, der seinen Lebensunterhalt ausschließlich auf Regelsatzniveau bestreitet. Es sei daher unabdingbar, Menschen schnellstmöglich wieder in den Ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies sei nur durch eine kontinuierliche Verbesserung der Eingliederungsleistungen und der Situation auf dem Arbeitsmarkt selbst möglich.

Der Austausch über mögliche Wege dorthin bildete die Grundlage

des weiteren Gesprächs. So wurde zum Beispiel die Verbesserung der beruflichen Teilhabe behinderter Menschen diskutiert. Vor dem Hintergrund der drohenden Budgetkürzungen bei der BA betonten die Gesprächspartner, dass Finanzierungsfragen nicht zu Einschränkungen bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten führen dürften. Denn damit würde der erfolgreichen Arbeit der Bundesagentur für Arbeit die Grundlage entzogen.

Am Ende trennten sich die Gesprächspartner in der festen Absicht, in Zukunft in kürzeren Abständen zusammenzutreffen, um weiter in so konstruktiver Atmosphäre Vorschläge für ein sozial gerechteres Deutschland zu diskutieren.



Prof. Dr. Engelen-Kefer
SoVD-Arbeitskreisvorsitzende



Frank-Jürgen Weise
BA-Vorstandsvorsitzender



Heinrich Alt
BA-Vorstand SGB II



Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Fotos (4): SoVD

Arbeitsmarkt in Zahlen

Erwerbstätige

Erwerbstätige der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind Arbeitnehmer oder Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige die eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Ende 2010 hatten rund 41 Millionen (Mio.) Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland – darunter waren 36,6 Mio. Arbeitnehmer und 4,4 Mio. Selbstständige.

Arbeitslose

Arbeitslose sind nach dem SGB III Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen bzw. weniger als 15 Wochenstunden beschäftigt sind, aber eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden suchen und sich arbeitslos gemeldet haben. Im Februar 2011 waren dies 3,3 Millionen. Davon waren über 585.000 Personen 55 Jahre und älter. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen betrug rund 903.000, die der schwerbehinderten Arbeitslosen rund 188.000.

ALG II (Hartz IV)

Im Februar erhielten 5.710.000 erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosenversicherung) oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II (Grundsicherung) – weit mehr als die 3,3 Mio. Arbeitslosen. Das liegt unter anderem an den sogenannten Aufstockern. Das sind Personen, deren Einkommen aus Arbeit nicht zum Leben reicht und daher zusätzlich ALG II beziehen. *Quelle: BA*